
Vorsitz: Vereinigtes Königreich**592. PLENARSITZUNG DES FORUMS**1. Datum: Mittwoch, 28. Oktober 2009Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 11.55 Uhr2. Vorsitz: I. Cliff
B. Gare3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

- (a) *Vortrag von Stan Brabant, Leiter Abteilung Strategie, Handicap International zum Thema „Cluster Munitions: A Victim’s Perspective“: Vorsitz, S. Brabant (FSC.NGO/10/09), Norwegen, Österreich, Belgien, Deutschland (FSC.DEL/197/09 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika*
- (b) *Vorträge von Vanessa Farr, Projektleiterin, Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen, UNDP-Hilfsprogramm für das palästinensische Volk (PAPP), zum Thema „The Gendered Impacts of Small Arms and Light Weapons“ und von Sarah Masters, Koordinatorin des Frauennetzwerks für das Internationale Aktionsnetzwerk zu Kleinwaffen (IANSA), zum Thema „Being Part of the Process: Women and SALW Control“: V. Farr (FSC.DEL/194/09) (FSC.DEL/194/09/Add.1), S. Masters (FSC.NGO/11/09) (FSC.NGO/11/09/Add.1) (FSC.NGO/11/09/Add.2), Schweden – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Armenien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/198/09/Corr.1), Portugal (Anhang 1), Irland*

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Finanzielle Beiträge zu Projekten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition: Spanien (Anhang 2)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

Organisatorische Angelegenheiten: Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 4. November 2009, 10.00 Uhr im Neuen Saal

592. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 598, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION PORTUGALS**

Einen Monat vor dem neunten Jahrestag der Verabschiedung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) verabschiedete Portugal als jüngstes Land nach Österreich, Belgien, Côte d'Ivoire, Dänemark, Finnland, Island, Liberia, Norwegen, Spanien, Schweden, der Schweiz, den Niederlanden, Uganda und dem Vereinigten Königreich einen nationalen Aktionsplan (NAP) (13. August 2009).

Dieser Plan ist Ausdruck des Bekenntnisses Portugals zur Umsetzung der Resolution über Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und verankert die Dimension der Gleichstellung der Geschlechter fest in der nationalen Politik.

Die Ausarbeitung des portugiesischen NAP erfolgte in einem einjährigen partizipativen Prozess und ist das Ergebnis eines Beratungsprozesses, in der sowohl die Beiträge der Regierung einfließen (namentlich des Außen-, Innen-, Verteidigungs- und Justizministeriums und der Kommission für Staatsbürgerschaft und Gleichstellung, der die ausarbeitende Arbeitsgruppe angehört, wobei jedoch alle Ministerien in den Prozess eingebunden waren), gleichzeitig aber auch ausführliche und öffentliche Konsultationen mit Universitäten, NROs, den Medien und anderen maßgeblichen Sektoren der Zivilgesellschaft und internationalen Netzwerken wie etwa IANSA stattfanden, die ganz konkrete Empfehlungen abgaben und maßgeblich zur Erstellung eines kohärenten und repräsentativen Aktionsplans beitrugen.

Die Verantwortung für die Umsetzung des Aktionsplans obliegt der Regierung und den nationalen Behörden, es ist jedoch davon auszugehen, dass die Zivilgesellschaft eine aktive Rolle spielen und sich engagiert einbringen wird.

Kernpunkte des NAP sind folgende Ziele: Stärkung der Mitsprache und Vertretung der Frauen in allen Bemühungen um die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Förderung von Gender Mainstreaming in den Sektoren Sicherheit (Friedenssicherungseinsätze, Reform des Sicherheitswesens), Justiz und Entwicklungshilfe und schließlich verstärkter Schutz von Frauen und Mädchen in Konflikt- und Nachkonfliktgebieten.

Der Plan legt fünf strategische Hauptziele fest, die in dreißig Einzelziele unterteilt sind, für die Umsetzungs-, Überwachungs- und Evaluierungsmechanismen vorgesehen und erstellt werden. Die Hauptziele lauten:

- (i) Verstärkte Mitsprache der Frauen und Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Phasen friedensstiftender Prozesse und auf allen Entscheidungsebenen
- (ii) Förderung des Aufbaus von Kapazitäten der in den Bereichen Friedensstiftung und Entwicklungshilfe Tätigen in Bezug auf Gleichstellung der Geschlechter und geschlechtsspezifische Gewalt sowie auf andere in UNSCR 1325 und 1820 angesprochene Aspekte
- (iii) Förderung und Schutz der Menschenrechte von Frauen in Konfliktzentren und Nachkonfliktplänen unter besonderer Berücksichtigung der Notwendigkeit,
 - jede geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhüten und zu unterbinden,
 - die politische und wirtschaftliche Machtgleichstellung der Frauen und ihre Teilhabe an allen Aktivitäten nach einem Konflikt im Hinblick auf Friedensverhandlungen und Mediation, Wiederaufbau und Wiedereingliederung zu fördern – Führung, Governance, politische Gestaltungsgremien, Frauenorganisationen
- (iv) Investition in Fragen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit und Verbreitung von Wissen darüber, einschließlich Maßnahmen zur Schulung und Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit
- (v) Stärkung der aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der Resolution 1325 und des nationalen Aktionsplans

Mit dem NAP wird versucht, zur verstärkten Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen und ihre wirksame Einbindung in alle friedenserhaltenden und friedensstiftenden Bemühungen beizutragen.

Im nationalen Aktionsplan wird darüber hinaus auf die Notwendigkeit verwiesen, Verletzungen der Menschenrechte von Frauen in bewaffneten Konflikten ein Ende zu machen, etwa auch sexueller Gewalt, einer geschlechtsspezifischen Aggression, die bei Konflikten und in Situationen besonderer Schutzbedürftigkeit verstärkt auftritt.

Portugal hat bereits Bemühungen unternommen, sich mit vielen dieser Anliegen auseinanderzusetzen und die meisten in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen, sowohl durch die Verabschiedung innerstaatlicher Rechtsvorschriften als auch durch mehrere Initiativen verschiedener Behörden. Mehrere Dimensionen aus Resolution 1325 sind in der nationalen Politik betreffend die Gleichstellung der Geschlechter bereits fest verankert, etwa in Form des Nationalen Plans zur Bekämpfung des Menschenhandels, des 3. Nationalen Plans für Gleichstellung der Geschlechter, des 3. Nationalen Plans zur Bekämpfung häuslicher Gewalt oder des Plans für die Integration von Zuwanderern.

Die Teilnahme Portugals an humanitären und friedensstiftenden Missionen zeigt, welche Bedeutung der portugiesische Staat der Rolle der Frauen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung beimisst, ebenso wie der entscheidenden Rolle, die Frauen bei der Lösung

sensibler Fragen gespielt haben, wie der Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt und geschlechtsspezifischer Diskriminierung, wodurch sie zur Verbesserung des Schutzes von Frauen und Mädchen in Konflikt- und Nachkonfliktsituationen beigetragen haben.

Der NAP ist Ausdruck der Sorge Portugals über die Gefährdung von Frauen und Mädchen nach Konflikten sowie seiner Entschlossenheit, Maßnahmen auszuarbeiten, die den Bedürfnissen der Frauen in dieser Situation Rechnung tragen. International, insbesondere auf bilateraler Ebene, lässt sich das durch Förderung und Unterstützung für die Ausarbeitung geeigneter politischer Konzepte sowie entsprechender Strategien und Rechtsvorschriften umsetzen, durch die bewaffnete Gewalt, wie etwa in der Familie, verhindert sowie eine Gender-Dimension systematisch in Entwicklungsprogramme und -projekte aufgenommen und in der Entwicklungshilfe Tätige diesbezüglich ausgebildet werden sollen, und durch verstärkte Umsetzung bestehender Maßnahmen im Bereich der Reform des Sicherheitswesens und von DD&R-Programmen.

Nach Auslegung der portugiesischen Regierung geht diese Resolution außerdem über bewaffnete Konflikte und humanitäre Hilfe hinaus und erstreckt sich auch auf die Förderung der politischen Kohärenz auf nationaler Ebene in Fragen betreffend Abrüstung und Rüstungskontrolle, öffentliche Sicherheit und die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt.

Schließlich stellt Portugal fest, dass Frauen und Mädchen wichtige und fähige Akteure des Wandels und der Entwicklung sind, und erachtet es als unerlässlich, die alt-hergebrachte Wahrnehmung dieser Akteure als schutzbedürftige verletzte Opfer zu überwinden. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass dieser Einsicht von den internationalen und örtlichen Akteuren in allen Phasen friedensstiftender Prozesse Rechnung getragen wird.



592. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 598, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

ich freue mich, das Forum über den Beitrag Spaniens zu folgenden OSZE-Projekten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition informieren zu dürfen:

- | | |
|---|-------------|
| – Belarus: Verbesserung der Verwaltung und Sicherheit von SALW-Lagerbeständen in 15 Lagerungsstätten, Phase II: | 100.000 EUR |
| – Moldau: Zerstörung von Streubomben, R-60-Raketen und Flugkörpern: | 80.000 EUR |
| – Montenegro: Demilitarisierung konventioneller Munition (SALW): | 100.000 EUR |

Herr Vorsitzender,

ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beizufügen.